

NACHGEFRAGT

So denken die sechs Spitzenkandidaten über die Themen Migration und Integration.

Verträgt Österreich



SEBASTIAN KURZ



PAMELA RENDI-WAGNER



NORBERT HOFER

FRAGE 1

Sollen EU-Länder, die keine Migranten aufnehmen bzw. EU-Beschlüsse nicht umsetzen, sanktioniert werden? Wenn ja, wie?

JA
 NEIN

Stattdessen Außengrenzen schützen und illegale Migration nach Österreich und Europa stoppen!

JA
 NEIN

Über finanzielle Maßnahmen.

JA
 NEIN

FRAGE 2

Hat Österreich die Kontrolle darüber, wer zu uns kommt?

JA
 NEIN

JA
 NEIN

JA, aber nicht lückenlos.

JA
 NEIN

FRAGE 3

Weltweite Migration: Verträgt Österreich noch mehr Zuwanderung?

JA
 NEIN

Illegale Migration muss weiter bekämpft werden.

JA
 NEIN

NEIN, bei illegaler Zuwanderung. Die Zuwanderung über die Rot-Weiß-Rot-Card, die Schwarz-Blau ausgeweitet hat, darf nicht zu Lohn- und Sozialdumping führen.

JA
 NEIN

Österreich braucht eine andere Zuwanderung – eine Zuwanderung in das leistungswillige Österreich und keine Zuwanderung in unser Sozialsystem.

FRAGE 4

Was ist Ihr konkretes Programm gegen Integrationsverweigerer?

Streichung der Sozialleistungen und wenn möglich Außerlandesbringung.

Wer einen Aufenthaltstitel hat, hat die Pflicht, sich zu integrieren, insbesondere beim Spracherwerb. Bei Verstößen sind Sanktionen zu setzen.

Es gibt wieder mehr Aktivitäten von Schleppern. Bei Integrationsverweigerung Kürzung von Leistungen.

* Im „Krone“-Fragebogen waren zwei Antworten vorgegeben, einige Kandidaten haben einen Zusatz vermerkt.

Die Migrationspolitik war der Aufreger des Jahres 2015 und bei der Nationalratswahl 2017. Erst 2019 wurde Zuwanderung als Hauptthema von der Umweltpolitik abgelöst. Der Klimawandel wird inzwischen häufiger diskutiert.

Was geblieben ist und sich bei den Politikerantworten zeigt: Das Thema Zuwanderung polarisiert unverändert

Die Analyse



PROF. PETER FILZMAIER

Peter Filzmaier ist Professor für Politikwissenschaft an der Donau-Universität Krems und der Karl-Franzens-Universität Graz.

am meisten, die Parteipositionen unterscheiden sich stark. So weit, so altbekannt.

Trotzdem zeigt sich etwas Spannendes: Nach den Aussagen der Spitzenkandidaten ist es nicht (!) so, dass ÖVP und FPÖ stets die eine Meinung und SPÖ, Neos und Grüne immer den Gegenstandspunkt vertreten.

Türkis und Blau haben da viel mehr Auffassungsunter-

schiede, als man uns in der letzten Koalitionsregierung weismachen wollte.

Was manche Leser vielleicht kritisieren, findet der Politikwissenschaftler hingegen gut und richtig: die Ja/Nein-Doppelantworten. Zwar verlangen wir von unseren Politikern zu Recht klare Antworten statt inhaltsleerer Stehsätze. Doch genauso gibt es viele politische Themen, die kom-

mehr Zuwanderung?



MIGRATION



BEATE MEINL-REISINGER

PETER PILZ

WERNER KOGLER

JA
 NEIN

Gelder und Förderungen gekürzt.

JA
 NEIN

Kürzung der Beihilfen; wer uns im Stich lässt, hat kein Recht auf unser Geld.

JA
 NEIN

Weniger EU-Mittel, dann weniger Mitbestimmung. Sünder wie Orban sollen nicht länger Milliarden einsacken.

JA
 NEIN

Muss so sein, daher auch klares, gerechtes Einwanderungsgesetz

JA
 NEIN

Aber die Kontrollen müssen verstärkt werden – an den EU-Außengrenzen durch eigene Grenzpolizei.

JA
 NEIN

Ja, jetzt wieder.

JA
 NEIN

Aber nur durch ein geordnetes System, in dem wir uns aussuchen, welche besten Köpfe zu uns kommen.

JA
 NEIN

Das derzeitige Niveau der Zuwanderung ist bewältigbar – aber 2015 darf sich nicht wiederholen

JA
 NEIN

Viele heimische Betriebe, auch der ÖVP-Wirtschaftsbund, wünschen sich geregelten Zuzug von Fachkräften. Es geht um Vernunft, Ordnung, Menschlichkeit.

Beginnen wir in der Schule – hier braucht es mehr Ganztageschulen und auch Verpflichtungen.

Aufklärung. Und wenn das nichts hilft, Sanktionen. Besonders wenn es um Kinder geht, sehe ich hier keine Alternativen.

Investitionen in Ausbildung; Teilnahme gefordert, sonst Verlust von Sozialleistungen; Sicherstellen von Kindergarten- und Schulbesuch; hartes Vorgehen gegen Hassprediger.



plex und kompliziert sind. Da lässt sich nicht alles eindeutig mit „Ja“ oder Nein“ beantworten. Wer zum Beispiel legale und illegale Migration in einen Topf wirft, verweigert eine sachliche Detaildebatte.

Mit emotionalen bis populistischen Scheinlösungen von der einen oder anderen Seite ist aber niemandem geholfen.

Erratum

Obwohl seine vier Kinder öffentliche Schulen besucht haben, hat FPÖ-Chef **Norbert Hofer** im Fragebogen „privat“ angekreuzt. „Ein Fehler“, wie er nun richtigstellt. SPÖ-Chefin **Pamela Rendi-Wagner** möchte auch richtigstellen: Beim Abdruck der ersten Frage am 16. September fehlte der erste Teil der uns zugeschickten Frage: „Schicken Sie Ihr Kind in eine öffentliche oder private Schule?“ Die Antwort „privat“ bezieht sich auf den ersten Teil der Frage, nicht auf den Teil, der im Konjunktiv formuliert ist. Nach Rendi-Wagners Rückkehr aus Israel war in der kurzen Zeit bis Schulbeginn kein ganztägiges Angebot an einer öffentlichen Schule verfügbar. Wäre nur der zweite Teil der Frage zu beantworten gewesen, hätte die Antwort „öffentlich“ gelautet, mit der Anmerkung: Sofern ein ganztägiges Angebot verfügbar ist.

